

---

*Marie Vigener*, „Ein wichtiger kulturpolitischer Faktor“. Das Deutsche Archäologische Institut zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, 1918–1954. (Menschen – Kulturen – Traditionen. Studien aus den Forschungsclustern des Deutschen Archäologischen Instituts, Bd. 7.) Rahden, Westfalen, Leidorf 2012. IX, 147 S., € 59,80. // DOI 10.1515/hzhz-2015-0078

---

Stefan Altekamp, Berlin

Das auf eine Bochumer Dissertation von 2012 zurückgehende Buch ist die erste auf offensichtlich uneingeschränkter Quellenauswertung beruhende Darstellung der Geschichte des Deutschen Archäologischen Instituts im 20. Jahrhundert.

Zu Recht beansprucht die Behandlung der Zeit von 1933 bis 1945 besondere Aufmerksamkeit. Doch können die Ausführungen zur Weimarer Republik in Ausführlichkeit und Neuigkeitswert als gleichrangig gelten. Die knapperen Passagen zur frühen zweiten Nachkriegszeit dokumentieren erstmals systematisch das Vorgehen des Instituts gegenüber seinen während des Nationalsozialismus verfolgten, oft emigrierten Angehörigen und Mitgliedern. Die distanzierte Politik der Institutsleitung erhärtet den Befund, dass die für eine Geisteswissenschaft relativ geringe Emigrationsquote nach dem Krieg eine kollektive Autoimmunisierung begünstigte.

Die Gesamtschau der Institutsgeschichte in der Spätphase des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und unter dem NS-Regime konfrontiert vertraute fachliche ‚Erinnerung‘ mit einer Gegenerzählung: Weniger die Kaiserzeit mit dem auch öffentlichkeitswirksam archäologiebegeisterten letzten Monarchen erscheint hier als goldene Zeit der institutionalisierten Archäologie, sondern die krisengeschüttelte Republik, die im Zuge der von Gustav Stresemann verantworteten „auswärtigen Kulturpolitik“ dem Archäologischen Institut des Deutschen Reiches ansehnliche Etatsteigerungen, einen Ausbau des Zweigstellennetzes und Gelegenheiten glanzvoller Repräsentation bescherte. Auch die Phase des „Dritten Reiches“ ist primär durch institutionelle Kontinuität und Stabilität sowie nur durch den Krieg durchkreuzte Pläne einer weiteren Expansion gekennzeichnet. Attacken gegen das Institut von Seiten konkurrierender Lobbygruppen aus der Prähistorischen Archäologie, die nach Kriegsende zu einem durchgehenden Bedrohungsszenario stilisiert wurden, erwiesen sich als vorübergehend.

Zu diesem revidierten Bild verhilft eine anstatt auf die Rekapitulation vorfindlicher binnendisziplinärer Sagas auf die Analyse der institutionellen Entwicklung,

der Personalpolitik sowie der finanziellen Ausstattung gerichtete Darstellung. Wissenschaftliche Betätigung erscheint hier nicht als autonome Aktion, sondern einem Bedingungsraum eingepasst, der über Voraussetzungen und Zielrichtungen wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit mitentscheidet. Die Aktionsfelder Wissenschaft und Politik werden als miteinander verbundenes Verwaltungshandeln analysiert, so dass sukzessive Zeitabschnitte jenseits gefühlter Prosperität oder Misere strukturell vergleichbar werden. Dieser Ansatz wird sich dereinst auch für die jüngere Institutsgeschichte, nicht zuletzt für die Zeit nach der Wende von 1989/90, als ergiebig erweisen können.

So wenig nun wissenschaftliche Aktion als autonom angesehen werden kann, so wenig interagieren Wissenschaft und Politik als parataktisch angeordnete Akteure. Wissenschaftsgeschichte manifestiert sich in Konjunkturen, denen politische und wissenschaftliche Aktion gleichermaßen als osmotisch verbundene Phänomene angehören. Der Verfasserin als Historikerin oblag es nicht, Inventur der inhaltlichen Erträge aus fast fünf Jahrzehnten Institutsgeschichte zu machen. Es befremdet allerdings, dass die jüngeren innerdisziplinären Ansätze einer forschungszentrierten Fachgeschichte weder im Text noch in der Bibliographie Erwähnung finden.

---

*Michael Kitzing*, Für den christlichen und sozialen Volksstaat. Die Badische Zentrumspartei in der Weimarer Republik. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 163.) Düsseldorf, Droste 2013. 472 S., € 62,-. // DOI 10.1515/hzhz-2015-0079

---

Klaus Schönhoven, Reichenberg

Der Freistaat Baden verdiente sich im föderalistischen System der Weimarer Republik den Ruf, ein demokratisches Musterland zu sein. Kennzeichnend für die politische Stabilität im Südweststaat war, dass hier zwischen dem Frühjahr 1919 und dem Spätherbst 1932 eine Regierung aus Sozialdemokratie, Zentrum und Linksliberalen amtierte, die alle Krisen in diesem Zeitraum gemeinsam überstand. Die Frage, weshalb Baden bereits unmittelbar nach den Revolutionsmonaten von 1918/19 zu einem Bollwerk der Demokratie wurde und dies bis in die Auflösungsphase der Weimarer Republik blieb, ist bereits häufiger aus unterschiedlichen Blickwinkeln gestellt und beantwortet worden. Die 2009 abgeschlossene, für den Druck überarbeitete und erweiterte Dissertation von K. ergänzt die vorliegenden Befunde aus der